

Die Rüstungsindustrie macht Superprofite

Mit dem Ende des INF-Vertrags begann ein neuer atomarer Rüstungswettlauf. Wer wissen will, was gerade passiert, kann sich informieren.

In einem Fernsehbeitrag fragen Filmemacher nach den Ursachen und beleuchten die Rolle von Denkfabriken und Unternehmen, die mit der atomaren Rüstung ihr Geld verdienen. Die Recherchen kommen von der weltweiten „Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“.

Der Film zeigt, dass US-amerikanische Rüstungskonzerne wie Honeywell, Northrop Grumman oder Bechtel munter an der neuen „Nukleardoktrin“ der USA mitschreiben und sich so Milliarden Gewinne sichern. Deutschland ist Teil dieser US-Strategie, auch das wird deutlich. Deutsche Soldaten üben in Büchel den Abwurf der dort stationierten US-Atomwaffen.

Wir wissen, dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg dem russischen Volk unermessliches Leid zugefügt

hat. Wir sollten nie zulassen, dass sich dies noch einmal wiederholt!

Wir erinnern: In der Urteilsbegründung des internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg 1946 heißt es: *„Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist nicht bloß ein internationales Verbrechen. Es ist das schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt und anhäuft.“*

Wir erinnern: Papst Johannes Paul II am 13. Januar 2003:

„Krieg ist niemals ein unabwendbares Schicksal. Krieg bedeutet immer eine Niederlage für die Menschheit.“

Wir erinnern: Nikolaj Desjatnitschenko, russischer Schüler, sagte in seiner Rede am Volkstrauertag vor dem Deutschen Bundestag am 22. November 2017:

„Ich hoffe aufrichtig, dass einmal auf aller Welt der gesunde Menschenverstand walten wird und die Welt nie wieder Kriege sehen wird.“

Wir erinnern: Der französische Sozialist Jean Jaurès sagte:

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.“

Viele haben diese Wahrheit vergessen.

Zeit sich zu engagieren!



Zeichnung:
Pablo Picasso vom 10.
Mai 1962

Antikriegstag: September 2019

Abrüsten statt Aufrüsten Zukunft statt Zerstörung

In vielen Städten wird gerade an den achtzigsten Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges erinnert, der am 1. September 1939 mit dem Überfall der deutschen Truppen auf Polen begann. Damals wurde von der Hitler-Regierung behauptet, die Polen hätten den Sender Gleiwitz angegriffen. Es war gelogen - heute sagt man „Fake News“ dazu. Aber auch heute kann schnell aus Falschmeldungen ein Krieg entstehen.

Im Aufruf des DGB und anderer Organisationen heißt es u.a.:

Wir wollen Frieden durch multilaterale Abrüstung. ... Gegen die anwachsende Atomkriegsgefahr fordern wir ein Atomwaffenverbot. Die menschenverachtende Abschottung Europas gegen Kriegsflüchtlinge muss ebenso beendet werden, wie der Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern in Krisenregionen oder an Staaten, die Menschenrechte verletzen oder Krieg führen. ... Das von den Nato-Staaten beschlossene Zwei-Prozent-Ziel würde für Deutschland eine erhebliche Steigerung des Verteidigungshaushaltes bedeuten. Diese Gelder würden im zivilen Bereich fehlen.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit! Eine menschenwürdige Politik muss her!

Veranstaltungen

Chile-Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung

Mittwoch, 11. September, 18 Uhr
Salvador-Allende-Platz, Mörfelden

Die Linksjugend solid Kreis Groß-Gerau, die SDAJ Mörfelden-Walldorf, die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL Mörfelden-Walldorf, Cuba Sí Hessen und das damalige Chile Komitee laden ein zum Gedenken an den Militärputsch in Chile 1973.

Petra Heimer, Landesvorsitzende der LINKEN, spricht ein Grußwort.

Anschließend vor Ort
Diskussion, Gespräche und Musik.

Bezahlbarer Wohnraum für Mörfelden-Walldorf

Mittwoch, 18. September, 19 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden

Mit:

Wolfgang Bauer-Schneider, *Entwickler des Konzepts PassivHausSozialPlus Darmstadt*

Doreen Petri
Geschäftsführerin der Neuen Wohnraumhilfe

Moderation: Jörg Cezanne, MdB

Vormerken

Veranstaltungen 50 Jahre „blickpunkt“

18.-20 Oktober 2019

„Stadtgeschichten“
Fotoausstellung in der Hofgalerie
Langgasse38 (Treber-Haus)

2. November 2019, 20 Uhr

Volksmusik aus den Niederlanden
mit „Folkcorn“ aus Wageningen
Stadthalle Walldorf

9. November 2019, 14 Uhr

Rundgang zu den Gedenkstätten
„Auf den Spuren der Verfolgten“
Treffpunkt: Farmstraße/Nordendstraße

11. November 2019, 10 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden
Matinee

*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

*wir haben in dieser Ausgabe die
kommunalen Beiträge reduziert.
Diesmal haben die Themen
Umwelt, Rüstung, Krieg und
Frieden viel Platz gefunden.*

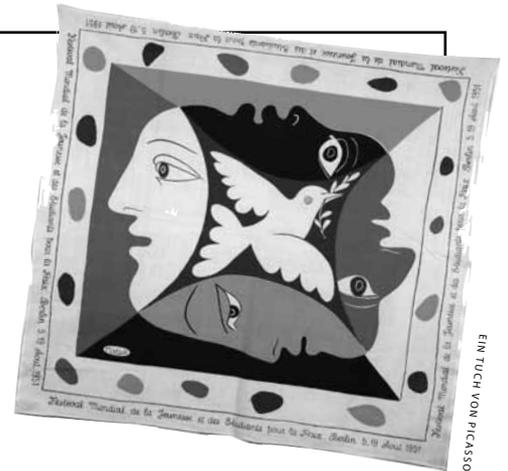
*Das hängt zusammen mit dem
80. Jahrestag des Beginns des
2. Weltkrieges und der täglich
wachsenden Kriegsgefahr.*

*Viele unserer Freunde und Mitarbeiter waren aktiv in der
Friedensbewegung und waren bei der Startbahn-West dabei.*

*Vor allem die ältere Bürgerinnen und Bürger verstehen, wenn wir
sagen: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“*

*Wir machen seit 50 Jahren diese Zeitung. Wir möchten sie gern
weiter herausgeben.*

Schreiben Sie uns, wenn Sie dabei mithelfen wollen. Danke!



Gegen Wohnraumzweckentfremdung und spekulativen Leerstand

Ein Gesetz zum Verbot von Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung, einen hessenweiten Mietendeckel und die Vergesellschaftung von renditeorientierten Wohnungskonzernen gemäß Artikel 15 GG als letztes Mittel gegen Mietenexplosion und Wohnungsnot.

Das sind einige der Forderungen, die das Bündnis Mietenwahnsinn-Hessen jetzt in Wiesbaden vorgestellt hat. Das von über 40 Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Verbänden getragene Bündnis wirft der Landesregierung und auch einigen Kommunen Untätigkeit vor. Anlässlich der Landtagsanhörung zweier Gesetzentwürfe der Fraktionen DIE LINKE und SPD zum Verbot von Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung, weist es darauf hin, dass mit einem solchen Gesetz in anderen Städten (wie etwa München) mehrere tausend Wohnungen für den Markt zurückgewonnen werden konnten.

Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen erklärte: „Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und umgehend ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das die Kommunen

dazu ermächtigt, gegen spekulativen Leerstand und Zweckentfremdung vorzugehen. Außerdem muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter kommunalen Genehmigungsverbehalt gestellt werden. Ein solches Gesetz würde dazu beitragen, die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern zu reduzieren.“

Das Bündnis „Mietenwahnsinn-Hessen“ fordert:

„Um die derzeitige Mietenexplosion aufzuhalten, ist die Vergesellschaftung renditeorientierter Wohnungskonzerne mit mehr als 3000 Wohneinheiten gemäß Artikel 15 als letztes Mittel zu nutzen. Dieser Artikel ist genau wegen einer Situation, wie wir sie jetzt erleben, ins Grundgesetz aufgenommen worden“, so der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen. Allein der Dax-Konzern Vonovia, Deutschlands größter Vermieter, hat in der ersten Jahreshälfte gut eine Milliarde an Mieten eingenommen, das bedeutet ein Plus von 14% gegenüber dem Vorjahr. Diese Profite auf Kosten der Mieter*innen sind nicht mehr tragbar und führen zu sozialen Verwerfungen.

POST

„50 Jahre blickpunkt“ – zu diesem Jubiläum der Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf wollen wir euch ganz herzlich gratulieren!

Es ist eine ganz große Leistung, wie ihr kontinuierlich über eine so lange Zeit, das politische Leben in Mörfelden-Walldorf mit geprägt und eure Anliegen und Ziele „unter die Leute“ gebracht habt.

Gerne erinnern wir uns an die Kontakte zu euch und eurer Partei – persönlich und auch als Akteure der Ev. Kirchengemeinde Mörfelden.

Es gab ja in guter Mörfelder Nachkriegstradition viele Berührungspunkte von Anliegen der Kirchengemeinde und politischen und sozialpolitischen Herausforderungen wie dem Flughafen-ausbau, der Ausländerfeindlichkeit und Flüchtlingshilfe.

„Aktion Toleranz“, Veranstaltungen für die „Eine Welt“ und Themen, das Leben von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen in der Stadt betreffend.

Wir freuen uns, dass wir bis heute den „blickpunkt“ regelmäßig an die Bergstraße geliefert bekommen und u.a. damit über das Geschehen in Mörfelden-Walldorf „auf dem Laufenden“ bleiben (einschließlich der „Schbrisch“ und der bebilderten „Stadtgeschichten“.

Für die Zukunft wünschen wir euch, dass sich Menschen finden, die den „blickpunkt“ fortführen und damit zu der Auseinandersetzung über das, was zum Wohl der Menschen in Mörfelden-Walldorf dient, beitragen.

Renate Treber und Gerhard Helbich



Lässt die Stadt ihre Turnhallen nun alle vergammeln?

Seit vielen Jahren wird an der quer stehenden städtischen Turnhalle am Festplatz nichts mehr saniert und repariert. In der Halle stehen Eimer und Bütten, um das Regenwasser, das durch das Dach tropft, aufzufangen.

Die Sportler können nicht mehr duschen, da die Wasch- und Duschräume wegen Legionellenbefall geschlossen sind.

Legionellen sind gefährliche gesundheitsschädliche Bakterien. Es müsste eine Rundum-Erneuerung, auch wegen der notwendigen Wärmedämmung, erfolgen.

Aber es heißt: Es ist kein Geld da.

Nun fängt es auch in der Bachmannhalle, der zweiten und größeren Sporthalle am Festplatz, an.

Nach den ersten Turn- und Gymnastikstunden nach den Schulferien stehen die Sportler und Sportlerinnen vor verschlossenen Dusch- und Waschräumen.

Auf einem Schild steht „wegen Bakterienbefall geschlossen“. Außerdem stehen in der Halle die Eimer zum Auffangen des durch das Dach eindringen-

den Regenwassers. (Übrigens, es war an einem Tag vor dem Unwetter!).

Was soll man davon halten?

Will die Stadt nun alle städteigenen Sporthallen vernachlässigen und loswerden, nach dem Motto: „Sollen doch die Vereine selbst für Ihre Sportstätten aufkommen“?

Heinz Hechler

„Feindesliste“ führt 1100 Hessen auf

Rund 1100 Menschen aus Hessen stehen auf einer sogenannten „Feindesliste“, die von Rechtsextremisten im Internet verbreitet wurde und insgesamt etwa 25000 Namen umfasst. Das haben Innenminister Peter Beuth (CDU) und das Landeskriminalamt (LKA) mitgeteilt.

„Der Rechtsstaat wird diese Bedrohungen und Einschüchterungsversuche von rechts nicht dulden“, betonte der Minister. „Wer Hass sät und Angst verbreitet, muss Konsequenzen spüren. Wer Schutz benötigt, dem wird geholfen.“

Auch in unserer Stadt wurden Menschen bedroht. Das Landesamt für Verfassungsschutz schrieb einem Betroffenen: „Sollte für Sie eine konkrete Gefahr für Leib und Leben bestehen, muss ich Sie bitten, sich unmittelbar an die Polizei zu wenden, die für die Abwehr solcher Gefahrensachverhalte zuständig ist.“

Die örtliche Polizei war außerordentlich hilfsbereit, wusste aber nichts von „Feindes- und Todeslisten“.

In Wiesbaden hörte man: „Man hätte das von Beginn an etwas entschlossener handhaben können“ (FDP). „Ich halte das nicht für ein professionelles Verhalten des Innenministers.“ (SPD) „Das hätte längst passieren müssen – unabhängig davon, wie eingeschätzt wird, ob Gefahren bestehen.“ (Die Linke).

Bekannt ist: 2017 beschlagnahmte die Bundespolizei Datenträger bei der Neonazi-Gruppe „Nordkreuz“, auf denen Teile der „Feindesliste“ zu finden waren. Die „Nordkreuz“-Gruppe bestand teilweise aus früheren Soldaten und Polizisten. Sie soll einen bewaffneten Umsturz geplant haben. Nach Einschätzung von Ermittlern planten die Rechtsextremisten, politische Gegner gezielt zu töten.

Wir werden noch oft über diesen rechten Sumpf berichten müssen.



Es gibt keine korrupsionsfreie Kommune

„Es gibt keine korrupsionsfreie Kommune“, stand vor einiger Zeit in der „Frankfurter Rundschau“. Gerade bei Bauvorhaben beständen immer viele Möglichkeiten, auf die Vergaben Einfluss zu nehmen, war zu lesen. Im Raum stände immer die Frage: „Wann hört Kontaktpflege auf, wann beginnt Bestechung?“.

Die Sache mit der Korruption ist, dass sie im Verborgenen wuchert. Die Öffentlichkeit erfährt von Bestechung, geheimer Einflussnahme, verdeckten Geldern meist nur, wenn Ermittlungen Erfolg hatten oder Medien etwas Licht ins Dunkel bringen.

Natürlich haben wir in Deutschland nicht eine Situation wie in bekannten Staaten, wo häufig „geschmiert“ wird. Aber auch bei uns wächst der Eindruck, dass man mit unlauteren Methoden auch in Deutschland Geschäfte fördern kann. Die Skan-

dale der deutschen Großkonzerne lassen den Glauben der Menschen an den „Rechtsstaat“ bröckeln. Nach Einschätzung von „Transparency International“ gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen zunehmender Korruption und einem Verfall von Demokratien und rechtsstaatlichen Strukturen. Korruption gedeihe überall dort, wo demokratische Strukturen geschwächt würden. Viele Fälle bleiben im Dunkeln: Das wahre Ausmaß von Korruption, auch in Deutschland, lässt sich nur schwer in Zahlen fassen.

Wenn Hinweise auftauchen, selbst wenn sie anonym sind, muss man wach werden. Jede Kommune muss sicherstellen, dass Hinweise auf Fehlverhalten auch anonym weitergegeben werden können. Es sind interne oder externe Meldekanäle zu schaffen. Dazu gehören telefonische

oder elektronische Verfahren oder die Anzeige bei einem externen Vertrauensanwalt. Jede Kommune sollte für ihre Unternehmen einen Kodex beschließen, der insbesondere die Grundfragen der Zusammenarbeit und der Transparenz regelt. Jedes Unternehmen muss Richtlinien vorgehalten, die ein integriertes Verhalten der Beschäftigten verlangen.

Korrupsionsgefährdete Bereiche im kommunalen Umfeld sind vor allem dort anzunehmen, wo auf Aufträge, Fördermittel oder Genehmigungen, Gebote und Verbote Einfluss genommen werden kann.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist mit hohen Korrupsionsrisiken verbunden. Korruption führt hier meist zu überhöhten Preisen und schadet letztendlich den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

In einer Presseinformation DKP/Linke Liste Stadtverordnetenfraktion Mörfelden-Walldorf heißt es u.a.:

Klärungsbedarf bei der Kläranlage

Schon wieder macht ein anonymes Brief zur Kläranlage die Runde, in dem schwere Vorwürfe gegen die Stadt Mörfelden-Walldorf erhoben werden. So wie bei den ersten beiden Briefen von Unbekannten befinden sich die Empfänger in einem Gewissenskonflikt: Einerseits gehören anonyme Briefe in die blaue Tonne. Andererseits scheint die Sach- und Detailkenntnis des Schreibers so umfassend zu sein, dass eine Nachprüfung der Vorwürfe geboten erscheint.

Denn es geht um viel Geld. Unstrittig ist wohl, dass die Kostenexplosion bei

der Sanierung und Erweiterung der Kläranlage Wirklichkeit ist.

Im Jahr 2008 wurden die Kosten auf 10 Millionen veranschlagt. Heute sind wir bei fast 40 Millionen angelangt. „Wenn's denn reicht“, war dazu aus Insiderkreisen zu hören. Auf die Einwohner von Mörfelden-Walldorf kämen Abwassergebühren von 5,00 / Kubikmeter zu. Das wäre Hessenrekord.

(siehe: https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/QL6_3j_16.pdf)

Grund genug also, zu fragen, was hier los ist. Haben wir einen Angeber und Unruhestifter vor uns, wie uns die Stadtverwaltung glauben machen möchte?

Oder ist hier ein örtlicher „Whistleblower“ am Werk, der einen Skandal aufdecken und die Gebührenzahler vor Schaden bewahren will?

Der einfachste Weg, das herauszufinden, ist die Überprüfung seiner Aussagen.

Greifen wir die wichtigste heraus: Kurz nach der Einrichtung des Akteneinsichtsausschusses seien auf der Kläranlage Akten und Unterlagen entsorgt worden. Wenn das zutrifft, wäre das möglicherweise eine Straftat. Da uns dieser Hinweis auch von anderer Seite zugetragen wurde, halten wir es für vernünftig, eine klare Frage zu stellen: Stimmt dieser Vorwurf oder stimmt er nicht?

Das sollte uns schwer nachzuprüfen sein, denn das eingeschaltete Unternehmen hat sicher eine Rechnung geschrieben. Wir schlagen der Stadtverwaltung vor, diese Nachprüfung unverzüglich vorzunehmen.



Ihr habt: Fragen zur
Sozialistischen Deutschen
Arbeiterjugend?
Ihr wollt aktiv werden?

Schreibt uns doch mal:
[facebook.com/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)



Neuer Kampfjet für die EU

Langewurdespekuliert, nun ist es soweit: Ein neues EU-Luftkampfsystem „Future Combat Air System“ soll entwickelt werden.

Der deutsche Haushaltsausschuss machte schon mal 32,5 Millio-

nen € für eine Konzeptstudie klar. Bei dem FCAS handelt es sich um eine neue Generation von Kampfjet, die weltweit einzigartig wäre. So ist vorgesehen, dass der Kampfjet KI-unterstützt und über Cloud-Systeme mit anderen Kampfeinheiten verbunden ist und auch sogenannte „Drohnen Schwärme“ lenken kann. Zu all dem Überflus wird auch eine nukleare Bestückung möglich sein. Das FCAS ist als Nachfolger des milliardenteuren Kampfjets Eurofighter geplant. Federführend bei der Entwicklung und Produktion des neuen Flugkampfsystems sind die beiden Rüstungskonzerne Airbus und Dassault Aviation (Frankreich), die in Kooperation mit anderen europäischen Rüstungsproduzenten das neue FCAS entwickeln sollen. In den Führungsetagen europäischer Rüstungskonzerne knallten die Sektorkorken. Dassault Aviation Chef Eric Trappier sagte bereits, man werde den neuen Kampfjet auch Nationen wie Saudi-Arabien und Qatar anbieten.

Krieg?

Das betrifft uns zum Glück nicht direkt – oder? Nicht nur im Nahen Osten steigt die Kriegsgefahr, auch für Europa lassen sich erschreckende Tendenzen erkennen. Einer der letzten Garanten für die Begrenzung militärischer Aufrüstung war der „INF-Vertrag“, bevor die USA ihren Ausstieg bekanntgaben. Mittlerweile ist der zwischen den Vertragsparteien USA und Russland abgeschlossene Vertrag, der als Grundlage für die Abrüstung aller Mittelstreckenraketen der Vertragsstaaten diente, aufgekündigt. Dies birgt die Gefahr einer neuen massiven Aufrüstungswelle. Ganz konkret bedeutet das Ende des Vertrages auch, dass die Stationierung neuer, nuklear bestückter Mittelstreckenraketen in Europa möglich wird. Zudem würde ein mit Mittelstreckenraketen ausgefochtener Krieg zwischen der NATO und Russland oder anderen Staaten, die - wie z.B. China - über Mittelstreckenraketen verfügen, fast

zwangsläufig bedeuten, dass Europa zum Schauplatz eines nuklearen Schlagabtausches wird.

Leider zeigt die Erfahrung: Was militärisch möglich ist, wird auch getan. So wurden kürzlich bereits Stimmen laut, dass die NATO über einen Ausbau ihrer Raketenstellungen an der EU-Außengrenze nachdenke. Das könnte bedeuten, dass die schon bestehenden NATO-Raketenabwehranlagen in Rumänien und Polen ausgebaut werden.

Auch der Bau neuer Anlagen in anderen EU-Ländern scheint möglich. Von dieser angespannten Sicherheitslage profitieren auch deutsche Großkonzerne.

Dafür sollen sich die EU-Staaten verpflichten, aktiv an europäischen Rüstungsprojekten teilzunehmen und jährliche Erhöhungen ihrer Verteidigungsausgaben vorzunehmen. Solange Rüstung profitables Geschäft ist, ist der Frieden in Gefahr.

Die Bedrohung

Die Berichte des UN-Klimarates werden immer alarmierender. Die Bewegung „Fridays for Future“ ist in dem einen Jahr, in dem sie existiert, zu einer breiten internationalen Bewegung geworden, die Zehntausende auf die Straße bringt. Bei den Groß-Koalitionären in Berlin ist klar geworden, dass sie dabei sind, ihren Einfluss auf einen Teil der Jugend zu verspielen. Aktions-PR ist also angesagt.

Aber natürlich will in Berlin niemand die Profite derer antasten, die an der Klimazerstörung bestens verdienen. Und niemand will über die Ursachen der katastrophalen Lage aufklären, in der wir stecken. So gibt es ein „Klimakabinett“ ohne Initiativen und Beschlüsse.

Die Aufgabe ist gewaltig. Es geht um Klimaneutralität bis spätestens Mitte des Jahrhunderts – also um die Senkung des „CO₂-Fußabdrucks“ auf Null. Das zu erreichen setzt einen gesamtgesellschaftlichen Umbau voraus. Es geht um weitgehende gesellschaftliche Veränderungen, die eine neutrale Klimabilanz möglich machen könnte. Man denkt aber momentan nur an das Verbot von Plastiktüten und Kaffeebechern oder an Abwrackprämien für Ölheizungen. Man diskutiert über Zertifikate-Handel und die Einführung einer CO₂-Steuer. Greta Thunberg meinte, wenn innerhalb des Systems so schwer Lösungen zu finden seien, sollte man das System ändern. Das sagen wir auch.



KOMMUNALES

Antrag der DKP/LL-Fraktion Aufruf zum Klimastreik unterstützen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf der Bewegung „Fridays for Future“ zu einem globalen Klimastreik am 20. September 2019 und ruft die Einwohnerinnen und Einwohner von Mörfelden-Walldorf auf, sich aktiv an den Aktionen und Demonstrationen für einen gerechten und konsequenten Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu beteiligen.“

In der Begründung heißt es:

Am 20.9.2019 findet der dritte globale Klimastreik statt. Weltweit werden Menschen auf die Straße gehen und für die Einhaltung der Pariser Klimaabkommens und gegen die anhaltende Klimazerstörung laut werden.

Der 20. September ist der Freitag vor dem UN-Klimagipfel in New York. In Berlin will das „Klimakabinett“ an diesem Tag verkünden, auf welche Maßnahmen die Große Koalition setzen will. Grund genug, deutlich zu machen, dass Klimaschutz alle angeht und überall Menschen aktiv werden, um zu einer weltweiten Aktion für konsequente Maßnahmen gegen Umweltzerstörung und darauffolgende Klimaveränderungen beizutragen.

In Frankfurt, Darmstadt und Groß-Gerau sind jetzt schon Demonstrationen angekündigt.

Mörfelden-Walldorf sollte dabei sein.

Antrag der DKP/LL-Fraktion Für einen „Runden Tisch“ zur Situation am Walldorfer See

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Magistrat wird beauftragt, alle Beteiligten unverzüglich zu einem Arbeitstreffen („Runder Tisch“) zur Situation an der Badestelle Walldorfer See einzuladen.

Verwaltung, Hilfsorganisationen (IRBW, Feuerwehr, DRK) und Politik sollten - ggf. in einem Mediationsverfahren mit professioneller Begleitung - zu Lösungen im Interesse der Stadt, der Hilfsorganisationen und der Badegäste kommen.

Dabei sollte insbesondere eine Regelung für den Einsatz der IRBW gefunden werden.“

Zur Begründung folgen Ausführungen aus einem offenen Brief an den Magistrat, in dem die DKP/Linke Liste Anfang Juli zur Situation am Walldorfer See u.a. Folgendes geschrieben hatte: ...

Seit dieser Badesaison gibt es bislang keine Wasseraufsicht mehr durch die Aktiven des IRBW, die diesen Dienst seit vielen Jahren erfolgreich geleistet haben. Baden erfolgt „auf eigene Gefahr“. Mit dem Wegfall der Wasseraufsicht durch die IRBW ist eine Lücke entstanden. In Notfällen - wie bei dem tragischen Badeunfall am Sonntag (30.

Juni) - müssen jetzt andere Organisationen wie Feuerwehr und/oder Rotes Kreuz eingreifen.

Die alarmierten Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst (DRK) hatten große Probleme, zu der Badestelle zu gelangen.

Vor Ort anwesende IRBW-Mitglieder waren an der Suche nach der ertrunkenen Person maßgeblich und erfolgreich beteiligt.

Wir halten Schlussfolgerungen aus diesen Ereignissen für dringend notwendig und raten dazu, alle Beteiligten unverzüglich zu einem Arbeitstreffen („Runder Tisch“) einzuladen.

Verwaltung, Hilfsorganisationen (IRBW, Feuerwehr, DRK) und Politik sollten - ggf. in einem Mediationsverfahren mit professioneller Begleitung - noch in der laufenden Badesaison zu Lösungen im Interesse der Stadt, der Hilfsorganisationen und der Badegäste kommen. ...

LESERPOST

Der Wald in Nöten

Verwundert haben Leute von Baumfällaktionen im Wald berichtet. Denn eigentlich darf in der Zeit vom März bis Oktober aus Naturschutzgründen nicht geholt werden. Teils mit Vollerntern (Harvester) geht man den toten Bäumen zu Leibe. Der extreme Sommer im letzten Jahr, der niederschlagsarme Winter und die erneute Trockenheit und Hitze haben die Bäume massenhaft geschädigt. Das hat auch den Schädlingsbefall begünstigt. Die Zerstückelung der Waldflächen durch Verkehrswege, die Abgase der Industrie und Verkehr haben ein gerüttelt Maß an der Stresssituation. Die Fällaktion ist notwendig, um Gefahren für Waldbesucher zu minimieren, heißt es.

Warum ist unser Wald so geschädigt? Warum hält er den extremen klimatischen Ereignissen nicht mehr stand?

Der Schreiber dieser Zeilen weilte vor ein paar Wochen auf der Insel Korsika. Er war begeistert von den Mischwäldern. Warum gedeiht dieser Wald, obwohl doch die Wärme und Trok-

kenheit mindestens gleiche Ausmaße hat wie bei uns? Fazit: die Wälder sind dichter, verjüngen sich selbst.

Könnte nicht ein Grund für die Situation in unserem Wald die Beförsterung sein? Muss unser Wald ein Wirtschaftswald sein, der möglichst noch Rendite abwirft? Hat Hessenforst, der unseren Wald „bearbeitet“, das richtige Konzept? Könnte die Stadt nicht selbst die Beförsterung machen? Natürlich mit Fachkräften!

Unser kommunaler Wald sollte Erholungswald sein. Verjüngung im Bestand ist notwendig. Kahlfächen sollte es nicht geben. Selbst die Landwirtschaftsministerin Klöckner hat das erkannt und fordert mehr Aufforstung. Der Kiefernbestand sollte zum Mischwald entwickelt werden.

Jährlich wird ein Waldwirtschaftsbericht des Forstamtes vorgelegt. Der ehemalige Waldschadensbericht heißt heute Waldzustandsbericht. In dieser Wortwahl steckt schon das Ziel: Wirtschaft und weg vom schlechten Image „Schaden“.

R.D.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

241.228

Am Frankfurter Flughafen ist ein neuer Tagesrekord abgefertigter Passagiere erreicht worden. Am 30. Juni, haben 241.228 Menschen den größten deutschen Flughafen genutzt. Kommentarlos übernehmen Medien die Jubel-Meldung von Fraport. Auch der „Freitags-Anzeiger“ gehört dazu. Kaum etwas wird kritisch hinterfragt. Insgesamt ist im Juni die Zahl der Passagiere im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,4% auf knapp 6,6 Millionen gestiegen. Damit war auch ein Anstieg der Flugbewegungen um 1,4% auf knapp 46.000 Starts und Landungen verbunden. (Wir haben es gehört!)

Entlastung soll ein drittes Passagierterminal bringen, von dem erste Teilbereiche im Jahr 2021 zur Verfügung stehen sollen.

Dann kann es ja nur noch besser werden mit den perversen Billigflügen. Weitere Waldflächen werden sicher auch bald wieder gerodet werden müssen.

Protest und Widerstand gibt es wenig. Höchste Zeit, dass es wieder öffentlichen Protest gibt.

Frage an die momentane Stadtregierung: Habt ihr eigentlich noch die abgehängten Transparente?

Verstaatlichen

Im Kampf gegen die Klimakrise und die Erderhitzung fordert Bernd Riexinger (Die Linke) die Verstaatlichung aller Fluggesellschaften. „Was so dramatische gesellschaftliche Folgen haben kann, darf nicht marktwirtschaftlich und unreguliert bleiben. Fluggesellschaften gehören in staatliche Hand - genauso wie die Energieversorgung oder die Bahn“, sagte er.

Dass klimaschädliche Flugreisen unverantwortlich billig geworden seien, hänge auch damit zusammen, dass man den Flugverkehr privatisiert habe. „Fliegen war ja mal besser reguliert und überwiegend in öffentlicher Hand“.

Klimafluch und Klimaflucht

Wir wissen: Man hat einen wilden Konkurrenzkampf auf dem Flugmarkt zugelassen - zum Nachteil der Beschäftigten und zu Lasten des Klimas.

Wir wissen: Hundert Konzerne sind für 71% der klimaschädlichen CO₂-Emissionen weltweit verantwortlich. Der Markt „regelt“ das nicht. Es ist eine Klimapolitik nötig, die den Konzernen klare Vorgaben macht.

Wir wissen: Die Autokonzerne, haben Staat und Gesellschaft betrogen, um ihre Produkte weiter mit hohem Profit verkaufen zu können.

Wir wissen: Die an schnellen Profiten interessierte kapitalistische Produktionsweise wird die Welt zerstören.

Wir wissen: Wie gravierend der Klimawandel die Welt bereits zerstört hat. Damit geht natürlich auch Flucht einher.

Wir wissen: In vielen Ländern wurden auch 2019 wieder neue Hitzerekorde aufgestellt. In etlichen Bundesländern im Norden und im Süden Deutschlands fiel ab Mitte Juli zu wenig Regen. Die Trockenheit macht vor allem den Böden zu schaffen.

Wir wissen nicht, wie viele Menschen bis zum Jahr 2050 zu Klimaflüchtlingen werden. Einige sagen, das könne

man heute gar nicht vorhersagen. Aber man spricht von mehreren hundert Millionen.

Vor über 100 Jahren schrieb Friedrich Engels (Weggefährte von Karl Marx): „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“ (Dialektik der Natur).

Viele resignieren. Andere haben den Kampf aufgenommen. „Fridays for Future“ ist eine erfrischende und notwendige Bewegung. Man sollte und muss sie unterstützen.

Wir bedanken uns für Hinweise und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**



Stadtgeschichten

Ein Familienfoto, aufgenommen im Jahre 1917 in Mörfelden. Die fünf Abgebildeten, die Eltern mit ihren drei Kindern, zeigen keine Spur von Lächeln im Gesicht, sondern blicken eher besorgt, ja traurig der Kamera entgegen. Es war im dritten Jahr des Ersten Weltkrieges. Der Vater war auf Urlaub von der Ostfront in Russland, wohin ihn der Kaiser und seine Rüstungskonzerne gezwungen hatten - und die Familie hatte Angst. Wird der Vater, der Ehemann, der Ernährer wieder heimkommen? So wurde nochmals vor der Trennung ein Fotograf bestellt. Solche Bilder sind noch oft in alten Alben der Großeltern, aber auch in denen der Eltern zu sehen. Denn etwa zwanzig Jahre später war es schon wieder soweit. Nicht der Kaiser, sondern der Hitler mit seinen Nazis und der gewinnsüchtigen Rüstungsindustrie hatten die jungen Männer wieder in den Krieg nach Polen, Frankreich, Russland und in die halbe Welt geschickt. Damit sich so etwas nicht wiederholt, damit schon begonnene Kriege ein Ende finden und die drohende, atomare Vernichtung verhindert wird, muss die Menschheit protestieren und auf die Straße gehen.



Hierzu ist überall am 1. September („Antikriegstag“) Gelegenheit, zu dem gemeinsam mit vielen anderen Organisationen auch der DGB aufruft. Dieses Jahr wird u. a. an den 80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf Polen erinnert.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Cocktailabend. Thema: Herbstzeit
Freitag, 6. September - 20 Uhr - Eintritt frei

„Original Mainzer Jazz Quartett“
Samstag, 7. September - 20 Uhr
Eintritt: € 10,-/€ 8,- VVK im KuBa und
bei Buchhandlung Giebel

Spieleabend
Dienstag, 17. September - 20 Uhr - Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 19. September - 20 Uhr - Eintritt frei

Jam Session
Freitag, 20. September - 20 Uhr - Eintritt frei

Repair Café - Wegwerfen? Denkste!
Samstag, 21. September - 15 bis 18 Uhr - Eintritt frei

**Ausstellungseröffnung. Brigitte Kosch:
Fotos von Frankfurt/Main**
Sonntag, 22. September - 15 Uhr - Eintritt frei

Bal Folk Session
Mittwoch, 25. September - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Quiz
Freitag, 27. September - 20 Uhr - Eintritt frei

2. Hobby-Skat-Turnier
Samstag, 28. September - 11 Uhr - Startgeb. € 5 u. je
verlorenem Spiel € 0,50

Unser Lexikon

Schbrisch

Dess bleibd
nedd in de
Klaarer schdegge.